

SVP-Klartext

DIE ZEITUNG DES MITTELSTANDES



**Bundesrat
Christoph Blocher:**
Den Rückfall in die
Neunzigerjahre
verhindern!

Seite 4



Jeanine Maurer:
Als Frau in der Panzer
Unteroffiziersschule
Thun. Als Nationalrats-
kandidatin gegen
Gewalt und Kriminalität.

Seite 14



**Nationalrat Ueli
Maurer:** An die Urne
für unsere Schweiz.
Gehen Sie wählen,
unserer Heimat zuliebe!

Seite 3

AZB Zofingen – Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint monatlich – Auflage 55 000 Expl. – www.svp.ch – klartext@svp.ch – Ausgabe Nr. 10/2007

**Legislatur 03–07,
eine Bilanz**
Nationalrat Caspar Baader S. 5

**Geheimplan gegen
Blocher**
Chronologie der Ereignisse S. 7

**Ja zur
Ausschaffungsinitiative**
Gregor A. Rutz, Generalsekretär
SVP S. 10

**Politik ist
unternehmerische Pflicht**
Nationalrat Christian Miesch
S. 11

**SVP Frauen wollen Sitze
verdoppeln**
Rita Gyga-Schwarz S. 12

**SVP-Wahlkampf und
Blocher-TV**
Interview mit G. Scaglione S. 15

Reklame



Wahlen 2007

Sie entscheiden, wer die Geschicke der Schweiz bestimmt!

Rot/grün oder SVP? Links oder bürgerlich? Bergauf oder bergab? In welche Richtung sich die Schweiz entwickelt, liegt in Ihren Händen. Sie bestimmen am 21. Oktober 2007 mit dem Ausfüllen des Wahlzettels über die Zukunft von unserem Zuhause – unserer Schweiz. Verwenden Sie einen SVP-Wahlzettel und vergeben Sie bitte keine Stimmen an andere Parteien. Schweiz stärken – SVP wählen!





STIFTUNG
FÜR BÜRGERLICHE
POLITIK

Ihre langfristige Investition für eine bürgerliche Politik

Zur finanziellen Unterstützung ihres Einsatzes für eine neutrale, unabhängige Schweiz, für eine geradlinige Ordnungspolitik und für einen gesunden Staatshaushalt hat die SVP die «Stiftung für bürgerliche Politik» ins Leben gerufen. Die Stiftung bezweckt, die Partei mit den Anlageerträgen des Stiftungsvermögens in der politischen Grundlagenarbeit und Meinungsbildung auf Bundesebene finanziell zu unterstützen. Mit Ihrer Spende oder Ihrem Legat können Sie auch über Ihr eigenes Leben hinaus die SVP und deren bürgerliche Politik unterstützen.

Auskünfte zur Stiftung wie auch über die Errichtung eines Legates bzw. Vermächtnisses erteilt Ihnen gerne der Stiftungsratspräsident, Nationalrat Hans Kaufmann, Niederweg 18a, 8907 Wettswil, oder Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP, Brückfeldstrasse 18, Postfach 8252, 3001 Bern (Tel. 031 300 58 58).

Impressum **SVP-Klartext** Die Zeitung des Mittelstandes

Herausgeberin: Stiftung SVP-Parteizeitung

Erscheinungsweise: 12 x / Jahr

Chefredaktor: Matthias Müller

Inserate: Roman S. Jäggi

Adresse:

Generalsekretariat SVP
Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Fax 031 300 58 59,
E-Mail: klartext@svp.ch

Jahresabonnement:

Für Nicht-Parteimitglieder Fr. 35.–
(Parteimitglieder erhalten SVP-Klartext gratis)

Bankverbindung:

Stiftung SVP-Parteizeitung, UBS Bern-Länggasse, PC 30-35-9

Druck:

ztprint / Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20, 4800 Zofingen,
Telefon 062 745 93 93, Fax 062 745 93 49

Adressänderungen:

Per E-Mail an zollinger@svp.ch oder per Post an Zofinger Tagblatt AG
(Adresse s. «Druck»)

Ihr Inserat in «SVP-Klartext»

«SVP-Klartext» ist die Zeitung für den Mittelstand. Sie erscheint monatlich in einer Auflage von 55000 Exemplaren.

Ab nur 140 Franken sind Sie mit einem Inserat dabei. Auf Wunsch vierfarbig. Neu sogar ohne Farbzuschläge.

Interessiert? Weitere Auskünfte erhalten Sie über Telefon 031 300 58 58 oder E-Mail klartext@svp.ch.

STADLER

Clevere Lösungen auf der Schiene

Damit Bahnfahren Spass macht.

Stadler Bussnang AG
Industriestrasse 4
CH-9565 Bussnang, Schweiz
Telefon +41 (0)71 626 20 20
stadler.bussnang@stadlerrail.ch
www.stadlerrail.com



Nationalrat Ueli Maurer, Präsident SVP Schweiz

An die Urne für unsere Schweiz!



Die Angriffe auf die SVP werden immer aggressiver. Und immer seltener erfolgen diese im Rahmen des herkömmlichen demokratischen Wettstreits. Mit Argumenten und Programmen treten uns nur wenige entgegen. Denn unsere politischen Gegner sind thematisch eingeschrumpft. Auf eine einzige verkrampte Aussage: gegen die SVP – gegen Blocher. Und auf einen einzigen gierigen Hintergedanken: Machterhalt. Das aber ist schlicht zu dürftig. Deshalb: bürgerliches Programm statt Prestige und Pöstchen – **an die Urne und SVP wählen!**

Linke und Scheinbürgerliche wissen um ihre geschwundene Überzeugungskraft. Darum bekämpfen sie uns mit Hinterhältigkeiten, mit Verboten und Zensur. Jüngstes Beispiel: Bundesrat Blocher gibt ein Fernsehinterview und das Bundesamt für Kommunikation will deshalb rechtliche Schritte prüfen. Oder die Geschäftsprüfungskommission: Sie plante einen perfiden Coup. Mit erfundenen und erlogenen Komplottvorwürfen. Das heisst: Just die politische Institution, welche über die demokratische Rechtmässigkeit wachen sollte, hat sich willig in den Dienst einer Intrige gestellt. Deshalb:

Meinungsfreiheit und Demokratie verteidigen – **an die Urne und SVP wählen!**

Die Medienführer und ihre Journalisten haben sich der Kampagne gegen die SVP verdungen. Systematisch werden wir beschimpft und verunglimpft. Von Objektivität und Ausgewogenheit haben sich die Redaktionen längst verabschiedet. Die wirklich wichtigen Themen belegen sie mit einem Schreibembargo. Sei es Jugendgewalt, sei es Überfremdung, sei es Steuerlast oder Masseneinbürgerungen. Deshalb: Tabuthemen aufgreifen und die Politik auf die wahren Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten – **an die Urne und SVP wählen!**

Systemfürsten aus Politik und Verwaltung kämpfen um ihre Pfründe. Sie fürchten um Einfluss, Macht und Mittel. Denn der Aufstieg der SVP hat neue Dynamik in ein verkrustetes System gebracht. Schon als erstarrende Opposition haben wir der Classe politique immer wieder erfolgreich den Spiegel der Realität vorgehalten. Seit die SVP aber einen zweiten Sitz im Bundesrat erobern konnte, haben wir den Kampf gegen Masseneinwanderung, Kriminellen-

verhätschelung, Missbrauch und budgetäre Sorglosigkeit, für Freiheit und Volksrechte selbst in den politischen Elfenbeinturm des Bundesrates tragen können. Deshalb: Bürgerliches Gedankengut muss auch weiterhin in der Landesregierung vertreten sein – **an die Urne und SVP wählen!**

Jede Stimme zählt. Jede Stimme für die SVP ist eine Stimme für eine freie, freiheitliche und schweizerische Schweiz. Überzeugen Sie Freunde, Bekannte und Verwandte. Gehen Sie wählen! Unserer Heimat zuliebe!

Ihr Ueli Maurer



Toni Thoma
Geschäftsführer
Andwil SG

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie als einzige Partei die Probleme beim Namen nennt und wirkungsvolle Lösungen zum Wohle unserer Heimat präsentiert.»

Seit mehr als 30 Jahren sind wir für unsere Kunden in den Bereichen politische Kommunikation und Wirtschaftswerbung tätig.

Für die SVP, für Politikerinnen und Politiker, für Verbände, Behörden, Vereine und Stiftungen sowie für KMU-Betriebe in der ganzen Schweiz. Zupackend, kostenbewusst und termintreu.

Und dies in den Bereichen

- Wahl- und Abstimmungswerbung • Campaigning und Persönlichkeitsprofilierung
- Lobbying und PR • Produkte- und Dienstleistungswerbung • Eventorganisation

Dabei haben wir eines immer wieder bewiesen: Wo nötig, schaffen wir auch die gewünschte Medienaufmerksamkeit...

Wir wollen Ihren Erfolg

GOAL
AG für Werbung und Public Relations

Walter Minder, Berater Wirtschaftskommunikation
Alexander Segert, Berater politische Kommunikation
Tel 043 499 24 00, info@goal.ch, Postfach, 8600 Dübendorf/ZH

Bundesrat Christoph Blocher

Den Rückfall in die Neunzigerjahre verhindern!



In wenigen Tagen entscheidet das Schweizer Volk darüber, wie das Parlament in den kommenden vier Jahren zusammengesetzt sein soll. Es ist ein wichtiger Urnengang, denn es geht um viel! Es geht darum, zu entscheiden, in welche Richtung sich die Schweiz in Zukunft bewegt.

Seit 2003, seit die SVP als wählerstärkste Partei mit zwei Bundesräten in der Regierung vertreten ist, haben wir einiges erreicht:

1. Gegen Missbräuche im Asylwesen wird wieder wirksamer vorgegangen; die Anzahl der Gesuche ist stark gesunken. Das beweist, worauf die SVP immer hingewiesen hat: Das Schweizer Asylsystem war lange Zeit zu attraktiv. Jetzt wird wieder genauer hingeschaut und strenger kontrolliert. Das verlangen auch die Bürger. Mit überwältigender Mehrheit haben sie 2006 dem neuen Asyl- und Ausländergesetz zugestimmt. Trotzdem gibt es noch immer Missstände: Mit diversen Gerichtsurteilen werden immer neue Asylgründe geschaffen.
2. Die Staatsverschuldung ist gebremst und das Ausgabenwachstum wird wieder kritischer beobachtet. Der Staat besinnt sich auf einen sorgfältigeren und sparsameren Umgang mit den Steuergeldern. Mit den derzeit steigenden

Einnahmen wachsen aber auch die Begehrlichkeiten wieder und die Disziplin lässt nach. Da müssen wir standhaft bleiben und einen Rückfall in die unseligen 90er-Jahre, als das Geld der Bürger mit vollen Händen ausgegeben worden ist, verhindern.

3. Der Bundesrat anerkennt endlich auch den Willen des Volkes und distanziert sich vom EU-Beitritt als strategischem Ziel. Aber oftmals wird immer noch alles daran gesetzt, die Unabhängigkeit unseres Landes einzuschränken. Wir müssen weiterhin wachsam bleiben, damit die klaren Entscheide nicht ausgehebelt werden und der Wille des Stimmvolkes nicht untergraben wird.
4. Unliebsame Wahrheiten sind nicht länger tabu. Man darf bestehende Probleme wieder offen ansprechen. Auch das ist ein Verdienst der SVP: Über Jugend- und Ausländerkriminalität, Sozialmissbrauch, Entwicklungshilfe, Integration und die Einschränkung unserer Selbstbe-

stimmung durch internationale Verträge wird offen diskutiert. Die gehässigen Reaktionen in den Medien und bei den Linken zeigen nur, dass sich einige in diesen Bereichen bequem eingerichtet haben. Sie leben gut davon, wenn die Probleme nicht gelöst werden. Sie sehen es nicht gerne, wenn an ihre Pfründe gerührt wird.

Von diesen Fortschritten fühlen sich viele bedroht. Sie wollen die Zeit zurückdrehen und die verfehlte Politik der 90er-Jahre weiterführen. Doch die Gegner haben den Erfolgen der SVP nichts entgegenzusetzen. Ihnen gehen die Argumente aus. Deshalb spinnen sie Intrigen, verleumdern die SVP und ihre Vertreter und stellen haltlose Verdächtigungen und nicht belegte Anschuldigungen in den Raum. Das Ziel dieser Ränkespiele ist klar: Die SVP soll aus dem Bundesrat gedrängt werden!

Entscheidend ist deshalb, dass die SVP noch einmal an Wählerstärke gewinnt. Nur mit einer starken Vertretung in Bern können wir den zweiten Sitz im Bundesrat halten und unsere Politik mit Nachdruck weiterverfolgen. Denn wir haben erst einige Teilerfolge erzielt, gesichert sind sie noch nicht. Die Wende hin zu einer Politik, die wieder bürgerliche Werte vertritt, die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz hochhält, das Portemonnaie des Bürgers schont und Eigenverantwortung belohnt, ist noch nicht vollzogen. Es gilt, am 21. Oktober den Rückschritt in die verhängnisvolle Politik der 90er-Jahre zu verhindern. Das kann nur einer starken SVP gelingen.

Ihr Bundesrat Christoph Blocher



Werner Stettler
Eidg. dipl.
Sanitärinstallateur
Bütigen BE

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie meine Grundsätze am ehesten wahr: Freiheit, Eigenverantwortung, Leistungsbereitschaft, Disziplin, Förderung der Familien, des Mittelstandes sowie von Gewerbebetrieben mit Ausbildungsplätzen.»

Das obige Bild entstand am 16. September 07 auf dem Gipfel des Matterhorns.

Eine spezielle Wahlkampf-Idee



Der Aargauer Nationalrat Lien Füglistaller liess sich für seinen Wahlkampf etwas Besonderes einfallen. In fünf ausgewählten Aargauer Wirtshäusern sprang er gekonnt als Kellner ein und unterstützte das Personal bei der Arbeit. Dabei hatte er Gelegenheit, aktuelle politische Themen mit den Gästen zu diskutieren und am Stammtisch Meinungen auszutauschen.

Nationalrat Caspar Baader, Präsident der SVP-Bundeshausfraktion

Legislatur 03–07, eine Bilanz der SVP

Mit den National- und Ständeratswahlen vom 21. Oktober 2007 geht eine vierjährige Legislaturperiode zu Ende. Die Legislatur 2003–2007 begann mit einer historischen Bundesratswahl. Am 10. Dezember 2003 wurde mit Christoph Blocher erstmals ein zweiter SVP-Vertreter in den Bundesrat gewählt. Die Wahl bedeutete nach 44 Jahren eine Veränderung der so genannten Zauberformel. Die doppelte SVP-Vertretung und die Person von Christoph Blocher führten zu einem ganz anderen Diskussionsklima im Bundesrat, in welchem viel intensiver und grundsätzlicher nach Lösungen gerungen wurde. Die Regierung ging alle möglichen Themenbereiche an und drückte sich nicht länger darum, einzelne Probleme überhaupt zu thematisieren.

Asyl-/Ausländerpolitik

Das von Bundesrat Blocher massgeblich geprägte Asyl- und Ausländergesetz wurde im Herbst 2006 von fast 70 Prozent der Bevölkerung angenommen. Damit konnte ein wichtiger Meilenstein gegen Asylmissbrauch und Ausländerkriminalität gesetzt werden. Nichtsdestotrotz führen fragwürdige Entscheide der zuständigen, von links dominierten Kammer für Asylrekurse des Bundesverwaltungsgerichtes dazu, dass die Ausländer- und Asylpolitik weiterhin ein heisses Thema bleiben wird. Ausserdem herrschen an unseren Schulen gravierende Beispiele von Jugendgewalt – welche gerade auch von Jugendlichen aus dem Balkan verursacht werden. Mit der Lancierung der Ausschaffungsinitiative will die SVP diese «schwarzen



Schafe» künftig ausschaffen können.

Aussenpolitik

Die doppelte SVP-Vertretung im Bundesrat zeigte Wirkung und be-

scherte der SVP einen wichtigen Erfolg. Der Bundesrat distanzierte sich vom EU-Beitritt als strategischem Ziel und sieht den EU-Beitritt fortan nur noch als Option. Auch die Wirtschaft will heute keinen EU-Beitritt mehr. Ein Wermutstropfen bleibt: Das in Brüssel deponierte EU-Beitritts-gesuch der Schweiz wurde noch nicht zurückgezogen. In der Wintersession 2004 wurden die bilateralen Verträge II unter grossem Zeitdruck durch die Räte gepeitscht. Am Schluss blieb die SVP mit ihrer Ablehnung von Schengen/Dublin sowie der Erweiterung der Personenfreizügigkeit in der Minderheit. Sie hat das Referendum ergriffen und die beiden Abstimmungen mit 55 Prozent, respektive 56 Prozent Ja-Stimmen nur knapp verloren. Die negativen Konsequenzen dieser Verträge wer-

den in der Rezession mit Sicherheit spürbar werden.

Finanzpolitik

Als einzige Partei kämpfte die SVP konsequent gegen jede Erhöhung von bestehenden sowie die Einführung von neuen Steuern, Gebühren und Abgaben. So konnte die SVP etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung des IV-Lochs abwenden. Dank dem permanenten finanzpolitischen Druck der SVP-Fraktion gelang es im Sommer 2004 das Entlastungsprogramm 2003 und ein Jahr später das Entlastungsprogramm 2004 zu verabschieden. Wie bei den jährlichen Budgetberatungen war auch hier die SVP oftmals alleine auf weiter Flur, wenn es darum ging, verschärfende Kürzungsanträge einzureichen und wirklich zu sparen. Wegen des finanzpolitischen Schlendrians von Mitte links lehnte die SVP-Fraktion sämtliche Vorschläge in dieser Legislatur ab und fordert ein neues Entlastungsprogramm zur Deckung der Defizite im Jahr 2008 sowie die Verschärfung der Schuldenbremse.

Wirtschaftspolitik

Mit der Ablehnung der KOSA-Initiative im September 2006 konnte die Unabhängigkeit der Nationalbank und damit die Preisstabilität der Schweiz gewahrt werden. Eine bürgerliche Parlamentsmehrheit verabschiedete zur Entlastung der KMU die Unternehmenssteuerreform II, gegen welche von der SP ein Referendum ergriffen wurde. Aus Sicht der Wirtschaft bedauerlich bleibt die mangel-



Wie wählen?

Haben Sie Fragen zu den
National- und Ständeratswahlen?
Wir helfen Ihnen gerne weiter:

Gratis-Wahlhotline: **0800 787 832** oder: **0800 SVP UDC**

Montag bis Samstag 9 bis 21 Uhr

hafte Verkehrsanbindung – so wurde der Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative abgelehnt und die Strasse immer mehr mit Gebühren und Abgaben belastet, während die Kosten im unrentablen öffentlichen Verkehr immer mehr aus dem Ruder laufen (NEAT-Debakel). Im November 2005 gelang es der SVP zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten vor dem Volk durchzubringen. Die Privatisierung der Swisscom scheiterte im Parlament am Widerstand der CVP und anderer Linksparteien.

Staatspolitik

Im September 2004 errang die SVP einen weiteren Erfolg, indem sie die



Manfred Bühler
Rechtsanwalt
Cortébert BE

«Ich wähle am 21. Oktober SVP, weil sie als einzige Partei keine Angst hat, bestimmte (gerne geleugnete) Probleme der Gesellschaft klar aufzuzeigen. Zudem macht sich die Berner Partei besonders für die Vertretung des Berner Juras im Nationalrat stark und kämpft damit für die Brückenfunktion des Kantons und die Realisierung der SVP-Ziele in der Deutsch- und Westschweiz.»

beiden Vorlagen zur erleichterten Einbürgerung verhindern konnte, obwohl sie alleine gegen die anderen Parteien ankämpfte. Doch die Einbürgerungen blieben ein permanentes Thema während der Legislatur. Die Beratung der SVP-Initiative für demokratische Einbürgerungen ist noch nicht abgeschlossen. Inzwischen haben aber verschiedene gerichtliche Instanzen dazu beigetragen, den Volkswillen im Einbürgerungsbereich zu beschneiden. Die SVP steht in einem permanenten Kampf zum Erhalt der Volksrechte und wehrt sich gegen den Vorrang des Völkerrechts gegenüber dem Landesrecht.

Sozialpolitik

Entgegen dem Willen der SVP wurde der Sozialstaat auch in dieser Legislaturperiode ausgebaut, obwohl die Finanzierung der bestehenden Sozialwerke nach wie vor nicht gesichert ist. Im November 2003 stimmte das Volk der Mutterschaftsversicherung zu, im November 2006 der Erhöhung der Familienzulagen. Ausserdem wurde die Krippenfinanzierung weitergeführt. Die SVP wehrte sich von Anfang an dagegen, dass man in der IV-Kasse einfach Löcher stopft, ohne zuerst den Missbrauch zu bekämpfen. Daher trat die SVP schon im Mai 2004 mit Erfolg gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent und im März 2007 im Nationalrat gegen eine unbefristete Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,6 Prozent an. Mit der deutlichen Annahme der

5. IV-Revision im Juni 2007 durch das Volk wurde ein wichtiger Schritt zur strukturellen Stabilisierung der Situation der IV gemacht und die Missbrauchsbekämpfung angegangen. Doch es braucht noch mehr. Die SVP bleibt hier am Thema dran.

Sicherheitspolitik

In der Frühjahrssession 2006 scheiterte der Kauf von zwei Transportflugzeugen für Auslandseinsätze der Armee am Widerstand von SVP und SP. Im Herbst 2006 setzte sich eine Mehrheit von FDP, CVP und SP durch und sagte Ja zur Armee reform 08/11. Dies führt dazu, dass, noch bevor die Armee reform XXI richtig umgesetzt ist, schon die nächste Reform in Angriff genommen wird. Die Ausrichtung deutet klar auf vermehrte internationale Kooperation, auf eine immer stärkere Beschneidung der bewaffneten Neutralität der Schweiz und auf eine Annäherung an die NATO hin. Die Miliz wird zu Gunsten der Durchdiener und Profis geschwächt, Auslandseinsätze werden weiter ausgebaut. Auch in diesem Bereich hat die SVP noch viel zu tun.

Gesundheitspolitik

Im Dezember 2003 erteilte das Parlament der Revision des Krankenversicherungsgesetzes eine Abfuhr. Die Gesundheitspolitik stand vor einem Scherbenhaufen und während der ganzen Legislatur war sie ein permanentes Thema. Nach wie vor ist aber die Kernfrage zwischen

Markt und Staat ungelöst und es herrscht ein verbreitetes Treten an Ort. Die aktuelle KVG-Revision droht erneut zu scheitern. Damit ist die Prämiensenkungsinitiative der SVP das einzige Konzept in Richtung Wettbewerb und gute Versorgungsqualität. Über diese Initiative wird in der kommenden Legislatur abgestimmt. In der Drogenpolitik setzte sich die SVP mit dem Nichteintretensentscheid zum Betäubungsmittelgesetz vom Juni 2004 gegen den Widerstand von links durch.

Fazit

Die Legislaturbilanz der SVP-Fraktion zeigt, dass die Fraktion in allen Kernbereichen wichtige Erfolge gegen die linksgrüne Politik erzielen konnte. Die SVP hat in den letzten vier Jahren einige Fehlentwicklungen der 90er-Jahre korrigieren können. Nur dank der SVP distanzierte sich die Schweiz vom EU-Beitritt, die SVP kämpfte wirkungsvoll gegen den Asylmissbrauch und dank der SVP konnte der Bundeshaushalt konsolidiert werden. Die SVP-Politik zeigt Wirkung. Allerdings gibt es auch in Zukunft noch viel zu tun und es braucht noch mehr SVP, um einer klar bürgerlichen Politik zum Durchbruch zu verhelfen. Als Präsident der SVP-Bundesausschuss wünsche ich mir mehr SVP-Vertreterinnen und -Vertreter im National- und Ständerat, denn es geht um unser Zuhause – unsere Schweiz. Unterstützen Sie dieses Anliegen bei den kommenden Wahlen mit Ihrer Stimme!



ELPEX AG
Bettlachstrasse 141 • 2540 Grenchen
Kirchbergstrasse 105 • 3401 Burgdorf
Tel. 034 426 26 00 • Fax 034 426 26 09
E-Mail: elpex@spectraweb.ch



Wir setzen unsere langjährige Erfahrung und unser technologisches Wissen für Sie ein. In der **Industrieautomation** sind wir in verschiedenen Bereichen tätig. Wir steuern die Automation in der Automobil-Nahrungsmittel-, Papier- und in der Chemischen Industrie.

Projektierung, Steuerungsbau, Software und Inbetriebnahme alles aus einer Hand - das ist von grossem Nutzen für die Kunden der ELPEX AG. Ausarbeitung der technischen Dokumentation auf modernen CAD/CAE Systemen und ein moderner Schaltschrankbau sind für uns selbstverständlich.



- ◆ **Projektierung**
- ◆ **Steuerungsbau**
- ◆ **Software**
- ◆ **Inbetriebnahme**
- ◆ **Betreuung**

Visualisierungswünsche und Bedienansprüche werden von uns informativ und übersichtlich realisiert. Dabei arbeiten wir mit neusten Technologien. Testen Sie unsere Leistungsfähigkeit mit Ihrem nächsten Projekt.



Geheimplan gegen Blocher – eine Chronologie

In den letzten Wochen haben Stichworte wie «Komplott», «Geheimplan» und «GPK-Affäre» für Aufregung gesorgt. Tatsächlich versuchte die vereinigte Linke, mit aktiver Beteiligung der CVP und CSP, unseren Bundesrat Christoph Blocher am Abend des 5. September 2007 zu stürzen. Was ist passiert?

Die Präsidentin der Subkommission der Geschäftsprüfungskommission, Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz (CVP), hielt am Abend des 5. September eine Pressekonferenz und belastete Bundesrat Blocher schwer. Nur 18 Stunden nach dieser Pressekonferenz konnte die SVP die «Dokumente von politischer Brisanz» der Öffentlichkeit vorlegen und die Anschuldigungen gegen Bundesrat Blocher entkräften.

Eine Chronologie der Ereignisse

Seit die SVP zwei Bundesräte stellt, hat sich in der schweizerischen Politik viel geändert. Der EU-Beitritt ist kein strategisches Ziel des Bundesrates mehr, Volk und Parlament haben ein neues Asyl- und Ausländergesetz beschlossen, und es wird offen auch über heikle Themen wie den Asylmissbrauch oder die Balkankriminalität gesprochen. In den Departementen unserer beiden Bundesräte Schmid und Blocher (VBS und EJPD) zeigen die SVP-Bundesräte, dass mit effizienter Arbeitsweise Geld gespart und die Ausgaben verringert werden können. Kurz: Die Doppelvertretung der SVP in der Landesregierung führte zu einem Kurswechsel in der schweizerischen Politik.

Ausgangslage

Die Wahl von Bundesrat Blocher in den Bundesrat hat die SVP nicht – wie von den anderen Parteien erhofft – geschwächt, sondern gestärkt. Blocher hat sich rasch in die Details eingearbeitet, strahlt hohe Kompetenz aus, führt sein Departement

effizient und vorbildlich und hat wesentliche Ziele der Partei in kürzester Zeit umgesetzt. In der Öffentlichkeit geniesst Blocher weit über die Partei hinaus hohes Ansehen, wovon auch die Partei profitiert.

Blocher-Abwahl soll SVP schwächen

Seit der Wahl von Christoph Blocher in den Bundesrat gibt es starke Kräfte, um ihn wieder abzuwählen und die SVP und ihre Politik damit zu schwächen. Je mehr Ansehen Blocher in der Öffentlichkeit gewinnt, desto grösser wird der Frust seiner Gegner. Der Glaube, mit der Abwahl von Blocher die Partei und ihre Politik nachhaltig zu schwächen, lässt Gegner unvorsichtig werden. Seit Monaten wird hinter den Kulissen eine Abwahl von Bundesrat Blocher vorbereitet. Die SVP hat die Pläne zur Abwahl Blochers an einer Pressekonferenz Ende August thematisiert (vgl. SVP-Communiqué vom 27.8.2007).

Die ersten Schritte zu diesem Ansinnen wurden vor gut einem Jahr sichtbar, als die SVP feststellte, dass eigene Fraktionsmitglieder aus anderen Parteien angefragt wurden, ob sie bereit seien, gegen Blocher in einer Kampfwahl anzutreten. Die Partei war nicht gewillt, dies hinzunehmen: Kurz darauf haben Fraktion und Delegiertenversammlung beschlossen, im Falle der Abwahl eines ihrer Bundesräte in die Opposition zu gehen. Die Partei zeigte damit klar: Die SVP lässt sich auf keinen Fall von ihrer erfolgreichen Politik abbringen (SVP-Communiqué vom 12.12.2006).

Tendenziöser GPK-Bericht als nächster Schritt

In der Zwischenzeit operieren die Gegner vorsichtiger, weil sie gemerkt haben, dass sie sich selbst mehr schaden. Das Ziel jedoch, die verhasste SVP-Politik aus dem Bundesrat zu verdrängen, bleibt. Es geht also nicht primär um die Person von Bundesrat Blocher, sondern es geht um die Politik der SVP. Diese ist vielen ein Dorn im Auge. Weil man die SVP-Politik verdrängen will, greift man diejenige Person an, welche diese SVP-Politik verkörpert. Mit dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats (GPK) zum Fall Roschacher haben die Blocher-Gegner den nächsten Schritt eingeleitet. Auch dieser Bericht wurde von langer Hand vorbereitet.

Bereits im Dezember 2005 forderte der damalige Präsident der GPK, Nationalrat **Hugo Fasel** (CSP), im Zusammenhang mit der GPK-Untersu-

chung in Sachen Swisscom den Rücktritt von Bundesrat Blocher. Er bezeichnete Blocher als «Gefahr für die Schweiz» (SVP-Communiqué vom 15.12.2005).

Im Sommer 2006 folgte die nächste GPK-Untersuchung – dieses Mal von der GPK des Ständerates. Eine Subkommission untersuchte die Albisgüetli-Rede, welche Christoph Blocher im Januar 2006 gehalten hatte. Die SVP zeigte sich erstaunt darüber, dass die GPK über genügend Ressourcen verfüge, um Berichte über Reden einzelner Bundesräte herzustellen (SVP-Communiqué vom 11.7.2006). Die GPK hat Bundesrat Blocher kritisiert, weil sich dieser im Bundesrat dafür eingesetzt hat, dass die irische Eircom nicht von der Swisscom übernommen werden konnte.

Bundesanwaltschaft

Gleichzeitig wies die SVP wiederholt darauf hin, dass die Arbeit und die umstrittenen Ermittlungsmethoden der Bundesanwaltschaft Fragen aufwerfen (SVP-Communiqué vom 7.6.2006). Bundesanwalt **Valentin Roschacher** geriet immer mehr unter öffentlichen Druck. Die Kündigung von Roschacher vor gut einem Jahr führte zu einer weiteren Untersuchung der nationalrätlichen GPK. Zwar hat kaum jemand den Rücktritt an sich bedauert. Hingegen suchten verschiedene politische Kräfte in diesem Vorgang einen Anknüpfungspunkt, Blocher weiter diskreditieren zu können.

Der mittlerweile von der GPK veröffentlichte Bericht lässt kein gutes Haar an Bundesrat Blocher: Dieser



habe alles falsch gemacht. Der ehemalige Bundesanwalt hingegen habe keine Fehler begangen. Es ist offensichtlich, dass diese Darstellung nicht der Realität entspricht.

GPK-Bericht soll Blocher schaden

Die Mehrheit der GPK hatte offensichtlich nicht zum Ziel, die Fakten aufzuarbeiten, sondern Bundesrat Blocher und der SVP im Wahlkampf

Schaden zuzufügen. Es ist kein Zufall, dass in der Tagesschau vom 5.9.2007 als erster Politiker wiederum CSP-Nationalrat Hugo Fasel zu sehen war. Subkommissionspräsidentin Lucrezia Meier-Schatz, welche die GPK-Pressekonferenz am selben Abend geleitet hat, gehört zum selben CVP-Filz wie der ehemalige Bundesanwalt Roschacher. Dieser wiederum wurde damals von CVP-Bundesrätin Ruth Metzler eingesetzt – er war ein Studienkollege

ihres Ehemanns Lukas Metzler. Alles Zufälle?

Schwere Vorwürfe ohne Beweise

Es ist nicht das erste Mal, dass die GPK mit einem Bericht die Arbeit von Bundesrat Blocher in ein schlechtes Licht zu stellen versucht. Der neueste Versuch eröffnet jedoch eine neue Dimension. Ohne Belege und Beweise dafür zu haben, wird von

einer möglichen «Staatskrise» gesprochen. Die Dokumente, welche Subkommissionspräsidentin Schatz mittels «Rechtshilfeverfahren» aus Deutschland erlangen wollte, konnte die SVP bereits am Tag darauf den Medien präsentieren. Dies zeigt, wie dilettantisch die GPK gearbeitet hat. «Die Staatsaffäre ist wie eine Seifenblase geplatzt», schreibt etwa die «Zürichsee-Zeitung» (7.9.2007): «Für die GPK hingegen (...) ist die ganze Angelegenheit oberpeinlich.»

Nicht umsonst spricht man in Bern nur noch von einer GPK-Affäre.

Bundesrat Blocher kann endlich Stellung nehmen

Zu den einzelnen Vorwürfen an Christoph Blocher haben Bundesrat und Departement Stellung zu nehmen. Bundesrat Blocher hat die «unhaltbaren und ehrverletzenden Vorwürfe in aller Form» zurückgewiesen. Ebenso hat das EJPD die

Vorwürfe der GPK zurückgewiesen, den Bericht als «lückenhaft und unausgewogen» bezeichnet und darauf hingewiesen, dass die Hinweise und Anmerkungen des Departements «für den vorliegenden Bericht in keinem relevanten Punkt berücksichtigt» worden sind. Der Bundesrat wiederum will mit Professor Georg Müller einen unabhängigen Rechtsberater beiziehen, um die Sachverhalte neutral beurteilen zu lassen.

Weitere Angriffe zu erwarten

In den nächsten Tagen bis zur Parlamentswahl und danach bis zur Bundesratswahl im Dezember sind weitere Angriffe auf die SVP und namentlich auf Bundesrat Blocher zu erwarten. Sie sind Teil des Geheimplans gegen Blocher. Die Partei wird diese Angriffe abwehren. Wer sich gegen diesen Geheimplan zur Abwahl von Bundesrat Blocher wehren und sich für die Konkor-

danz einsetzen will, muss SVP wählen. Am 21. Oktober geht es auch um die Bundesratswahlen. Wer für eine Doppelvertretung der SVP in der Regierung ist, muss SVP wählen. Wer SVP wählt, stärkt auch Christoph Blocher und Samuel Schmid. Und er sorgt mit dafür, dass die SVP auch in der neuen Legislatur mit einer Doppelvertretung in der Regierung erfolgreich bürgerliche Anliegen einbringen und umsetzen kann.

Wie Blocher abgewählt und die SVP aus dem Bundesrat gedrängt werden soll

Wann / Medium	Wer	Was
2003		
Dezember 2003	Bundesrat Pascal Couchepin	Vor dem 10. Dezember 2003 sagt Couchepin: «Wird Blocher gewählt, dann lassen wir ihn reden, und am Schluss stimmen wir gegen ihn. Wir werden ihn versenken. » («Weltwoche» 22/2004)
2004		
2. April 2004	Sozialdemokratische Partei	Die SP Schweiz veröffentlicht ihr «Schwarzbuch – Kapitel 1» mit dem Titel «100 Tage Blocker». Damit will die SP aufzeigen, dass Blocher im Bundesrat untragbar und seine Politik für das Land schädlich sei.
März 2004	Bundesrat Pascal Couchepin	Das EJPD fasst einen Mitbericht zur «Botschaft über die Finanzhilfe 2005–2009 an Schweiz Tourismus» (zur Kürzung des entsprechenden Rahmenkredites, Stichwort: «Ein Franken für Tourismus Schweiz»). Dieser Mitbericht wurde mittels einer Indiskretion von einem Mitarbeiter Pascal Couchepins der Walliser FDP zugespielt. So sollte Blocher als «Neoliberaler» blossgestellt werden. Der Mitarbeiter Couchepins musste auf Ende 2004 seine Stelle räumen.
26. September 2004	Bundesrat Pascal Couchepin	Bundesrat Blocher weigert sich, die Ablehnung der Einbürgerungsvorlagen zu kommentieren: Der negative Entscheid des Souveräns zu den Einbürgerungsvorlagen werde respektiert – das Volk habe das Recht, Nein zu stimmen. In den folgenden Tagen wird er von Bundesrat Couchepin massiv kritisiert.
3. Oktober 2004	Bundesrat Pascal Couchepin	Unter dem Titel «Christoph Blochers Haltung ist gefährlich für unsere Demokratie» gibt Bundesrat Couchepin ein Interview in der «NZZ am Sonntag». Er meint: «Die SVP spielt immer stärker mit den Emotionen des Volkes. Sie betrachtet das Volk als Masse, die man verführen kann. Sie betreibt Manipulation. »
2005		
Winter 2005	Grüne Fraktion	Die Grüne Fraktion wendet sich mit einem Brief an die Geschäftsprüfungskommission (GPK). Sie verlangt eine «Untersuchung der Rolle von Christoph Blocher» beim Swisscom-Entscheid. Präsident der GPK ist zu dieser Zeit CSP-Nationalrat Hugo Fasel – ein Mitglied der Grünen Fraktion.
11. Dezember 2005 «SonntagsBlick»	Hugo Fasel (Nationalrat CSP)	Fasel beschimpft Blocher als «Gefahr für die Schweiz» und meint, er solle «zurück in die Schiessbude des Albisgütli». Fasel behauptet, dass Blocher «bewusst die Kollegialität bricht». Er könne dies beurteilen, da er «einen tiefen Einblick in die Arbeit des Bundesrats» habe. Damit muss sich GPK-Präsident Fasel den Vorwurf gefallen lassen, ein Regierungsmitglied mit Anschuldigungen und Vorverurteilungen zu überhäufen, ohne dies sachlich begründen zu können.
Dezember 2005	GPK-NR	Die Geschäftsprüfungskommission setzt eine Subkommission zur Untersuchung des Swisscom-Entscheids des Bundesrates ein. Es soll recherchiert werden, «wie genau der Entscheid des Bundesrats zur Privatisierung der Swisscom und zum Auslandsverbot zustande gekommen ist» («Bund», 16.12.2005). Zitat aus dem «Bund» vom 16. Dezember: «Der Zwist zwischen der SVP und Fasel zeigt, dass im Zuge der Swisscom-Affäre verschiedene parteipolitische Süppchen am Köcheln sind. Fasel nahm Christoph Blochers umstrittene Rolle im Fall Swisscom zum Anlass, mit seinem Intimfeind generell abzurechnen: Im «SonntagsBlick» verstieg sich Fasel zur Bemerkung, Blocher sei eine «Gefahr für die Schweiz» und wolle die «totale Macht». Indirekt forderte er Blocher zum Rücktritt auf.»

Wann / Medium	Wer	Was
2006		
Januar/Mai 2006	ein Albaner	Gegen Bundesrat Christoph Blocher erhebt ein Albaner Klage aufgrund dessen Albisgütli-Rede vom 20. Januar. Dabei hatte Bundesrat Blocher am Beispiel zweier Albaner kritisiert, dass diese in Albanien wegen verschiedener schwerer Delikte gesucht würden, gleichzeitig aber in der Schweiz als Flüchtlinge anerkannt worden sind, weshalb deren Auslieferung nicht mehr möglich erscheint. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft geschah durch die Asylrekurskommission, nachdem das Bundesamt für Justiz die Ausweisung verfügt hatte. Dieser Entscheid wiederum ist vom Bundesgericht aufgehoben und an das Bundesamt zurückgewiesen worden.
5. Juli 2006	Valentin Roschacher	Bundesanwalt Valentin Roschacher tritt auf Ende Jahr zurück , gibt die operative Führung der Bundesanwaltschaft aber per sofort an seinen Stellvertreter ab. Der Bundesrat nimmt von der Demission Kenntnis.
11. Juli 2006	GPK-SR	Die GPK des Ständerates präsentiert die Ergebnisse der Untersuchung ihrer Subkommission zur Albisgütli-Rede vom Januar 2006. Die GPK rügt Blocher und wirft ihm vor, er habe die beiden albanischen Asylbewerber zu Unrecht als Kriminelle und Mörder bezeichnet.
Sommer 2006	Vertreter aus SP, CVP und FDP	Anfragen an verschiedene SVP-Fraktionsmitglieder, ob sie bereit wären, eine allfällige Wahl in den Bundesrat anstelle von Christoph Blocher anzunehmen.
15. Oktober 2006	Andreas Gross (Nationalrat SP)	SP-Nationalrat Andreas Gross , Präsident der Staatspolitischen Kommission, verbreitet Indiskretionen aus seiner Kommission bezüglich angeblicher Äusserungen von Bundesrat Blocher zum Thema Entwicklungshilfe . Bundesrat Blocher habe sich an der Sitzung vom 14. September 2006 unqualifiziert über Afrika und die Afrikaner geäussert: Die Afrikaner seien «faul» und für ihre Armut «selbst verantwortlich». Solche Worte jedoch fanden sich nicht im Protokoll. Blocher beschwert sich beim Nationalratspräsidenten und macht geltend, Gross habe ihn «falsch wiedergegeben» und ihn «rassistischer und fremdenfeindlicher Handlungen bezichtigt».
Oktober 2006		Vertreter aus SP, CVP und FDP kritisieren Bundesrat Blocher teils harsch für seine Äusserungen zum Rassismus-Gesetz anlässlich seines Türkei-Besuchs.
2007		
Frühjahr 2007	GPK-NR	SVP-Vertreter kritisieren die Entwürfe der GPK-Berichte. Diese seien unvollständig und einseitig abgefasst. Sie verlangen entsprechende Verbesserungen und Vervollständigungen.
15. Juli 2007 «SonntagsBlick»	Beat Kraushaar Flurina Valsecchi	Unter dem Titel «So schossen Blocher & Co. den Bundesanwalt ab» berichtet der «Sonntags Blick» über einen «bislang unter Verschluss» gehaltenen «Bericht über die Bundesanwaltschaft». Roschacher sei «gezielt aus dem Amt geputscht» worden. Die Parlamentarier haben diesen Bericht, der bereits ausführlich vom «SonntagsBlick» zitiert worden ist, vor wenigen Tagen bekommen. Der «SonntagsBlick» ist durch Indiskretionen zu seinen Informationen gelangt. Laut «SonntagsBlick» könnte der Bericht «Blocher und seiner SVP» im Hinblick auf die Wahlen schaden.
September 2007	GPK-NR	Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates präsentiert den Bericht zur «Überprüfung der Funktion der Strafverfolgungsbehörden des Bundes», der zum grossen Finale des Geheimplans gegen die SVP und Bundesrat Blocher führen soll.

Gregor A. Rutz, Generalsekretär SVP

Heutige Gesetze sind ungenügend – Ja zur Ausschaffungsinitiative

Fussball-Match YB–Aarau. Auf einem Transparent steht: «In unseren Herzen lebst Du weiter.» Die FC-Aarau-Fans erinnern an ihren 19-jährigen Kollegen, der am 22. Juli in Aarau zusammengeschlagen worden war. Nachdem er zwei Monate im Koma gelegen hatte, verstarb er im Spital. Die Täter: ein 20-jähriger Schweizer und zwei Italiener im Alter von 19 und 20 Jahren. Auch an der Zürcher Streetparade kam ein 18-jähriger Aargauer ums Leben – erstochen von einem 16-jährigen Thailänder. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht

irgendwo in der Schweiz ein Delikt von einem Ausländer oder frisch eingebürgerten Schweizer («mit Migrationshintergrund») begangen wird. Auch Gewalt unter Jugendlichen nimmt immer mehr zu. Und auch hier zeigen die Statistiken einen massiven Ausländerüberhang.

Griffige gesetzliche Grundlagen schaffen

Gemäss Bundesverfassung hat jede Person in der Schweiz ein Anrecht auf Sicherheit. Das Ausmass der Ausländerkriminalität von heute verhöhrt dieses Recht in der Praxis geradezu. Die in der Schweiz existierenden Sanktionen sind nicht hart und griffig genug, um den aktuellen Problemen im Bereich Ausländerkriminalität entgegenzutreten zu können. Damit bleibt auch der Abschreckungseffekt von Strafen harmlos. Im neuen Strafgesetz, das Anfang 2007 in Kraft getreten ist, wurde die Landesverweisung gestrichen. Es gibt damit nur noch die fremdenpolizeiliche Massnahme der Wegwei-



Kriminelle Ausländer sollen die Schweiz verlassen

Bei diesem Defizit setzt die Ausschaffungsinitiative der SVP an. Sie verlangt zwingend, dass unter bestimmten Voraussetzungen eine Ausweisung angeordnet wird. Anders als die Gummiformulierungen im heutigen ANAG setzt die Ausschaffungsinitiative klare Tatbestände (z.B. Tötungsdelikte, Raub etc.) voraus, welche die Behörden ermächtigen und verpflichten, eine Ausschaffung anzuordnen. Die Initiative würde so mehr Rechtssicherheit schaffen, als bei der heutigen Formulierung kann. Vor allem aber würden künftig ausgesprochene Sanktionen auch landesweit konsequent umgesetzt.

Mord, Raub oder Vergewaltigung drücken eine skrupellose Missachtung gegenüber unserer Werte- und Rechtsordnung aus. Wer als Ausländer das ihm offerierte Gastrecht derart krass missbraucht, hat in unserem Land definitiv nichts mehr verloren.

sung (Art. 10 und 11 ANAG). Die Behörden werden bloss ermächtigt, nicht aber verpflichtet, eine Wegweisung krimineller Ausländer auszusprechen. Da in der Regel kantonale Behörden für eine Ausweisung zuständig sind, ist die Ausweisungspraxis in der Schweiz sehr unterschiedlich. In manchen Kantonen wird die Regelung konsequent umgesetzt, in anderen dagegen herrscht eine naive Gutmenschenmentalität vor.



Greti Lüscher
Friedensrichterin
Seon AG

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil wir im Aargau gute Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat und Ständerat haben. Es gibt keine Alternative zur SVP.»



Christian Lucek
Berufsoffizier
Luftwaffe
Dänikon ZH

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie sich für eine starke und glaubwürdige Milizarmee einsetzt und für die SVP in allen Bereichen, insbesondere bei der Migrationspolitik und Aussenpolitik, die Sicherheit des Landes und der Bürger im Vordergrund steht.»



Heinz Habegger
Käsermeister
Neu St. Johann
SG

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie stetig für weniger Steuern, Gebühren und Abgaben antritt. Ausserdem setzt sich die SVP gegen Asyl- und Sozialmissbrauch sowie für die strikte Durchsetzung schweizerischer Gesetze, Grundwerte und Regeln ein.»

Eine spezielle Wahlkampf-Idee



Zugegeben: Das Plakat «Aarau oder Ankara?» des Aargauers Andreas Glarner (Grossrat und Nationalratskandidat) ist nicht besonders schön. Aber Glarner wollte damit auch keinen Schönheitspreis gewinnen, sondern den Menschen die Augen öffnen. Das Plakat bringt es auf den Punkt: Immer mehr Menschen fühlen sich in der Schweiz nicht mehr zuhause. Die Folgen sind wachsende Integrationsprobleme. Da muss die SVP auch in der nächsten Legislatur den Finger drauf halten.

Nationalrat Christian Miesch BL

Politik ist unternehmerische Pflicht

Über 90 Prozent aller Unternehmen in unserem Land beschäftigen weniger als 250 Mitarbeiter. Gut drei Viertel aller Erwerbstätigen arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Rund 70 Prozent des Bruttoinlandproduktes werden von den KMU erwirtschaftet.

Hinter diesen Zahlen steckt ein gerüttelt Mass an solider Arbeit und Anstrengung, an Zukunftsglaube, Risikobereitschaft und Verantwortungsbewusstsein. Mit Fug und Recht dürfen die KMU für sich in Anspruch nehmen, dass sie das Rückgrat unserer Volkswirtschaft bilden. Die KMU und damit der unternehmerische Mittelstand sind das Fundament jeder Gesellschaft.

Der enorme wirtschaftliche Stellenwert der KMU-Wirtschaft wird in der Politik noch ungenügend estimiert. Und deshalb gilt: Die Politik kann und darf der KMU-Wirtschaft nicht gleichgültig sein. Die KMU-Wirtschaft muss viel stärker auf alle Stufen der Politik und damit unseres Gemeinwesens einwirken. Aus ureigenem Interesse. Deshalb rufe ich die kleinen und mittleren Unternehmer auf: **Enga-**



gieren Sie sich politisch. Wenn Sie dies nicht tun, wird mit Ihnen Politik gemacht, wird die Belastung mit Steuern und Abgaben weiter zunehmen, wird der Beamtenapparat auf allen Stufen weiter wachsen, wird

die Bürokratie ins Unermessliche wuchern. Die schweizerische Gesetzessammlung wächst jährlich um 5000 bis 6000 Seiten. Unsere Wirtschaft, vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, welche sich keine eigene Rechtsabteilung und Beraterstäbe leisten können, leidet unter einer überbordenden staatlichen Bürokratie und ausufernden administrativen Belastungen. Der Gegenwert, den wir in unserem Land jedes Jahr für staatlich verordnete Bürokratie aufwenden müssen, beläuft sich insgesamt auf sieben Milliarden Franken.

Der Anteil von Lehrern und Beamten in den Parlamenten wird immer grösser. Glauben Sie wirklich, dass diese Volksvertreter ein Interesse daran haben, den staatlichen Einfluss einzudämmen und die Bürokratie abzubauen? Hinzu kommen Gewerkschafts- und Verbandsfunktionäre sowie Juristen. Alles Leute, die auch nicht unbedingt unternehmerisch denken.

Wenn sich die KMU-Wirtschaft, respektive ihre Vertreter, in Zukunft nicht im erforderlichen Masse politisch engagiert, werden die Konsequenzen noch bitterer sein, als es unsere heutige Realität schon ist. Linke Scheinheiligkeit würde weiterhin nicht selbst erarbeitete Mittel umverteilen und die grenzenlose Anspruchshaltung des Einzelnen gegenüber dem Staat fördern.

Für Unternehmer gilt: Ein Elektriker, ein Gärtner oder ein Bäcker verliert oder gewinnt einen Auftrag nicht wegen der Parteizugehörigkeit, sondern weil der Preis, die Qualität und die Liefertermine stimmen. **Engagement in der Politik ist deshalb unternehmerische Pflicht!**



Tanja Borer
Studentin
Pädagogische
Fachhochschule
Himmelried SO

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie als einzige Partei alles daran setzt, damit auch junge Frauen in der Schweiz wieder sicher in den Ausgang können und wir uns nicht fremd im eigenen Land fühlen müssen.»



Philip C. Brunner
Hotelier
Zug ZG

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil ich eine Schweiz in Sicherheit und Freiheit will.»



Kurt Haueter-Kappeler
Rentner
Zürich ZH

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie den steigenden Einfluss des Islamismus auf unser Land wahrnimmt und den Mut hat, die wachsenden Probleme anzugehen.»



Markus Christen
Student
Universität Zürich
Möriken AG

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie ein verständliches und eindeutiges Konzept einer liberalen Gesellschaft hat, der Eigenverantwortung wieder mehr Bedeutung und Gewicht zukommen lässt. Die SVP hat den Mut, gegen den politischen Mainstream zu schwimmen. Das öffnet den Horizont für bessere Lösungen.»

Jetzt schon Kult: das Schaf-Plakat



Noch nie wurden so viele SVP-Plakate heruntergerissen, verschmutzt oder verunstaltet wie bei der Kampagne für die Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer. Das Plakat mit dem schwarzen Schaf hat die Gemüter bewegt – vor allem

jene der kreativen Gegnerschaft. Wie schnell jedoch ein Angriff der SVP-Gegner zum Rohrkrepiere werden kann, zeigt das Bild einer «SVP-Klartext»-Leserin. Nachdem ein Vandal die weissen Schafe schwarz und das schwarze Schaf weiss angemalt hatte, sagte das Plakat genau das aus, wovon die SVP warnt. «Wenn wir jetzt die schwarzen Schafe nicht ausschaffen, nehmen sie überhand.» Logisch, dass die SVP dieses geniale Plakat stehen liess – denn es zeigt, wohin die Reise geht, wenn wir die Schweiz den SVP-Gegnern überlassen.

Rita Gygax-Schwarz, Präsidentin der SVP Frauen Schweiz

SVP Frauen wollen Sitze verdoppeln

Die SVP Frauen Schweiz haben sich für die kommenden Parlamentswahlen ein hohes Ziel gesetzt: Verdoppelung der Sitze der SVP-Nationalrätinnen. Das heisst konkret: Drei zurücktretende Nationalräte sollen neu durch drei Nationalrätinnen ersetzt werden. Ist das realistisch? Unser Parteipräsident meint «JA».

Glücklicherweise kann die SVP auf eine Schicht Frauen zählen, der Eigenverantwortung kein Fremdwort ist. Es sind selbständig denkende Frauen, die sich durch feministisches Gejammer nicht einschüchtern lassen.

Die Lamenti der linken Frauen und der Feministinnen über mangelnde Gleichstellung der Frauen, insbesondere im Erwerbsleben, ist unglaublich. Wichtiger als neue Gesetze, Vorschriften und Einschränkungen sind gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, damit Arbeitsplätze erhalten und neue geschaffen wer-

den können. Von einer prosperierenden Wirtschaft profitieren Frauen und Männer. SVP Frauen zeigen, dass «Frau sein» nicht mit «links sein» gleichzusetzen ist. Die SVP Frauen beweisen, dass es echte bürgerliche Frauen gibt, die in der Familie, wie auch im Beruf und in der Politik, eigenverantwortlich handeln und etwas leisten. Einthemen-Politik ist nicht ihre Sache.

Die Mehrheit der Frauen in der Schweiz sind bürgerlich denkende und handelnde Frauen, d.h., die Mehrheit der Frauen wären eigentlich in unserer SVP zu Hause. Von



linker Seite wurde aber über Jahre erfolgreich das Bild geprägt, dass «Frau sein» gleichbedeutend mit «links sein» sei. Viele bürgerliche Frauen fühlen sich daher von der Politik wenig angesprochen und schon gar nicht von politisierenden Frauen. SVP-Wählerinnen und -Wähler halten von feministischer Politik nichts. Das Ziel der SVP Frauen ist es, zu

zeigen, dass «Frau sein» nicht mit «links sein» gleichzusetzen ist.

Gemeinsam politisieren statt gegeneinander

Die oberste Priorität der SVP Frauen ist das gemeinsame Politisieren und Arbeiten, zusammen mit den SVP Männern – und nicht gegen sie. Damit unterscheiden sich die SVP Frauen von allen anderen Frauengruppen in der Politik. Unsere hochgesteckten Ziele wollen wir zusammen mit den SVP Männern in Partnerschaft erreichen. Deshalb gehören auf alle SVP-Wahllisten auch tüchtige, vertrauenswürdige SVP Frauen. Wir bürgerlichen SVP Frauen brauchen eine eigene starke Vertretung in Bern, um so den linken und grünen Frauen nicht länger das Feld einer verfehlten politischen Ausrichtung zu überlassen. Es ist wichtig, bürgerlichem Gedankengut zum Durchbruch zu verhelfen. Die SVP-Kandidatinnen in allen Kantonen rechnen bei den Wahlen auf eine solidarische, partnerschaftliche Unterstützung.

Alexia Heine, Nationalratskandidatin ZH

Für eine selbstbewusste Schweiz

Aufgewachsen in Spanien, Frankreich und Deutschland, kenne ich das Ausland. Jedes Land ist auf seine Weise faszinierend: In Spanien die Mischung aus Stolz und latei-

nischer Fröhlichkeit, in Frankreich die philosophische «l'égarté de vivre» und in Deutschland der arbeitsame Ehrgeiz. Ja, ich fand Gefallen an der europäischen Idee...

Zurück in der Schweiz, nachdem die letzte Seite meiner Dissertation über die Europäische Union geschrieben war, wusste ich: Die Schweiz darf unter keinen Umständen der EU beitreten. Warum? Eine Bevormundung aus Brüssel ist inakzeptabel, weil sie der Unabhängigkeit und Freiheit unseres Landes zuwiderläuft. Die Schweiz gibt ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Zuhause. Sicherheit, Wohlstand, direkte Demokratie, Selbstbestimmung und Freiheit. Dafür werden wir weltweit beneidet und bewundert. Aber wir müssen uns schützen: gegen aussen und innen. Von aussen will die EU unsere direkte Demokratie beschneiden, uns der Freiheit berauben und EU-Recht aufzwingen. Aber unsere Werte werden auch von innen durch eitle und selbstgefällige Politiker gefährdet, die sich in Brüssel auf unsere Kosten an Champagner-Empfängen profilieren und uns in die EU zwän-



gen wollen. Dabei ist die Schweiz, gerade weil sie ein Sonderfall ist, eines der erfolgreichsten

Länder weltweit: Kaum ein anderes Land verfügt über so eine tiefe Arbeitslosenquote wie die Schweiz. In kaum einem anderen Land ist der Wohlstand so hoch. Kaum ein anderes Land ist wirtschaftlich so attraktiv und wettbewerbsfähig wie die Schweiz. Dafür, dass wir auch in Zukunft stolz auf unser Land sein dürfen, dafür trete ich ein: für eine selbstbewusste und unabhängige Schweiz.

Werbung

Eine spezielle Wahlkampf-Idee



Der Unternehmer Bruno Kammermann aus dem solothurnischen Niederamt ermöglichte das grösste Wahlplakat der Schweiz. Das Fassadenfüllende Riesenplakat mit den zwei SVP-Nationalräten Roland Borer und Walter Wobmann hängt am Spycher neben der Shell-Tankstelle in Däniken. Der Spender hatte genug von der Schlamm Schlacht gegen Bundesrat Blocher. Zudem wollte er die Arbeit der beiden Solothurner SVP-Nationalräte honorieren. Die SVP sagt herzlich Danke schön.

**schreinerei
bortoluzzi**

Betpürstrasse 6, 8910 Affoltern a.A.
Tel. 044 761 36 46 info@bortoluzzi.ch

Türen - Schränke
Innenausbau Veriset-Küchen

**Natalie Rickli, Kantonsrätin und
Nationalratskandidatin ZH**

«Gemeinsam sind wir stark»



Ich werde das Gefühl nicht los, dass bei Politikerinnen die Befindlichkeit und das Privatleben fast mehr interessiert als die politische Arbeit. «Die Sicht der Frau» kommt bei vielen Parteien vor dem Parteiprogramm. Ich kann es nicht mehr hören. Warum müssen wir immer wieder argumentieren, wie wir Frauen uns in der SVP denn fühlen? «Sehr gut, wie-so?», ist jeweils meine Antwort.

Natürlich stimmt es, dass es nicht so viele Frauen in der SVP hat. Und mehr Frauen und auch mehr Junge braucht es auch bei uns. Die Wahlen sind halt nur alle vier Jahre und stetig wird sich dieser Anteil erhöhen. Wir Frauen bringen einen anderen Blickwinkel mit in die politische Arbeit, und das ist auch gut so. Wichtig ist aber, dass wir gemeinsam für die SVP-Politik eintreten und uns nicht speziell hervorheben wollen. Es gibt immer wieder Exponentinnen, die nur Publizität erhalten, wenn sie wieder einmal bei einem Kernthema der SVP anders stimmen oder sich von der SVP dis-

tanzieren. Damit habe ich grösste Mühe und dies führt auch dazu, dass es immer noch SVP-Wähler gibt, die Frauen konsequent von der Liste streichen.

Natürlich gibt es leider auch Männer, die durch diese Art Schlagzeilen machen, dies soll nicht unerwähnt bleiben, denn auch dies schadet der SVP. Das Erfolgsrezept heisst «Gemeinsam sind wir stark». Nicht «Frau sein» heisst das politische Programm, sondern die Frauen müssen wie die Männer überzeugen durch Dossierkenntnis, Engagement und klare Aussagen. So wird es künftig mehr Politikerinnen geben in der SVP. Ziehen wir am gleichen Strick – ich bin sicher die männlichen Wähler werden es goutieren. Stehen wir gemeinsam ein für eine selbstbewusste Schweiz, die zu ihren Stärken und Qualitäten steht. Für Freiheit, Unabhängigkeit und direkte Demokratie. Für Sicherheit und eine konsequente Bekämpfung der Ausländerkriminalität. Für die Bekämpfung von Asyl- und Sozialmissbrauch. Für eine Vergabe des Schweizer Bürgerrechts nur an gut integrierte Ausländer. Und für tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren. So werden wir am 21. Oktober gemeinsam Erfolg haben!



..... Expl.	Rucksack robust und praktisch, für Sie und Ihn!	Fr. 25.–
..... Expl.	Seidenfoulard Stilvoll und diskret für die Partei werben!	Fr. 79.–
..... Expl.	Pin	Fr. 7.–
..... Expl.	Post-it Block à 50 Blatt	Fr. 2.–
..... Expl.	Schlüsselanhänger Geissbock ZOTTEL	Fr. 5.–
..... Expl.	Offiziersmesser Original-Victorinox	Fr. 20.–
..... Expl.	Kleber Bogen à 27 Kleber	Fr. 5.–
..... Expl.	Jass ☐ französisch ☐ Deutschschweizer	Fr. 3.–
..... Expl.	Ballone Sack à 50 Stück	Fr. 33.–
..... Expl.	Kugelschreiber	Fr. 2.50
..... Expl.	Magnet-ZOTTEL aus Stoff	Fr. 7.–

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Mail

Ort

Datum

Unterschrift

Bitte Talon einsenden an:

Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
per Fax an 031 300 58 59 oder Mail gs@svp.ch

Online-Bestellung auf www.svp.ch

Wotsch en Kaffi?



s' Kafficenter het's!

-Verkauf
-Service
-Reparaturen
-Vermietung

KaffeeCenter
fit for Coffee

KaffeeCenter GmbH
Churerstrasse 17
9470 Buchs
081 756 32 11

mail: admin@kaffeecenter.ch
www.kaffeecenter.ch

Jeanine Maurer, Nationalratskandidatin TG

Was mich nicht umhaut, stärkt mich

Ich setze mich für mehr Sicherheit auf den Strassen und für gewaltfreie Schulen ein. Die jetzige Situation, dass man mit der Angst am Abend durch die Strassen geht und man grundlos zusammengeschlagen wird, muss geändert werden. Ich als Politikerin will die Situation ändern und mich für dieses Thema stark machen.

Ich war sechzehn Jahre alt, als ich mich das erste Mal für Politik interessierte. Damals wurde mein Bruder angegriffen und zusammengeschlagen. Unsere Familie war ziemlich perplex und wir fragten uns alle, warum dies passieren konnte. Ich überlegte mir, was ich tun könnte, um dies in Zukunft zu verhindern. Parallel zu diesem Ereignis hatten wir in der Handelsmittelschule im Fach Geschichte das Thema Staatskunde. Ich lernte damals, wie unser Staat aufgebaut ist, welche Parteien es in der Schweiz gibt und wie man richtig wählt oder abstimmt. Die SVP war die Partei, die meine Einstellung zu verschiedenen Themen teilte. Ein Jahr später trat ich dann der Jungen SVP Thurgau in der Funktion als Aktuarin bei. Anschliessend liess ich



2006 bin ich auch Mitglied der Kommission 9 Sicherheit und Justiz der SVP im Kanton Thurgau.

Meine Botschaften sind mehr Sicherheit auf den Strassen und gewaltfreie Schulen. Es getrauen sich viele Frauen und ältere Personen abends und nachts nicht mehr auf die Strasse. Warum ist diese langjährige Sicherheit nicht mehr das, was sie einmal war? Die hohe Ausländerkriminalität, Einbrüche, Dieb-

mich letzten Februar für die Stadtratswahlen in Amriswil auf die Liste der SVP setzen. Seit dem Jahr

stähle, Raub, Drohungen, Vandalismus und Gewalttaten haben in den letzten Jahren dazu beigetragen. Leider wächst die Jugendgewalt beängstigend, insbesondere an den Schulen. Die meisten Probleme bereiten Jugendliche aus dem Balkan. Bei den Schlägereien verzeichnet man seit 2001 einen Anstieg über 70 Prozent.

In der Oberstufe war ich zwei Mal an einem Schnuppertag und an drei Besuchstagen der Armee. Ich nahm diese Erlebnisse mit und entschied mich dann für das Militär. Momentan bin ich als Frau in der Panzer Unteroffiziersschule 22-2 in Thun als Führungsstaffelsoldat. Ab Ende Oktober 2007 werde ich den Offizierslehrgang in Bern beginnen.



Katja Weber
Fotofach-
verkäuferin
Uetikon am See
ZH

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie als Einzige dafür schaut, dass wir Jungen nicht morgen die Schulden von heute bezahlen müssen.»



Karl Nussbaumer
Verkaufsleiter
Menzingen ZG

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie sich für eine freie und unabhängige Schweiz ohne EU-Beitritt einsetzt.»



Jürg Messmer
selbständiger
Unternehmer
Zug ZG

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie effektiv vorhandene Missstände aufzeigt, analysiert und Lösungen präsentiert, statt auszuweichen, zu beschönigen oder sich mit angenehmen Themen zu profilieren.»

ÜBERSETZEN, LEKTORIEREN, REDIGIEREN
AAREPTAN

Bahnhofweg 17 - 5610 Wohlen - 056 622 33 44
translate@aareptan.ch - www.aareptan.ch

Thomas Fuchs
www.nein.eu

2 x auf Ihre Liste
Am 21. Oktober 2007 im ganzen Kanton wählbar

SVP
Die Partei des Mitbestimmens

Bruchsch Liecht?



DE NOSI HÄT'S!

20 Jahre

NOSERLIGHT

CH-8909 Zwillikon

Telefon 044 701 81 81, Fax 044 761 86 12
info@noserslight.ch, www.noserslight.ch

SVP-Wahlkampf und Blocher-TV

Wir fragten Medienprofi Giuseppe Scaglione nach seiner Beurteilung des SVP-Wahlkampfes und Blocher-TV.

Was halten Sie von Blocher-TV?

Die SVP und auch Bundesrat Christoph Blocher haben – mit Ausnahme der «Weltwoche» – die meisten relevanten Medienhäuser gegen sich. Wären wir in den Siebzigerjahren, müsste sich die SVP damit abfinden. Da wir uns aber im Internetzeitalter befinden und mitten in einer Medienrevolution stehen, ist es absolut logisch, dass die SVP die neuen technischen Möglichkeiten nutzt. Es steht natürlich jedem anderen innovativen Bundesrat frei, ebenfalls ein Internetfernsehen zu lancieren. Ich sehe darin kein Problem. Ich fand es eher peinlich, wie der angesehene Journalist Matthias Ackeret attackiert wurde, weil er auf Blocher-TV Bundesrat Blocher offenbar zu wenig «böse» Fragen gestellt hat. Auf SF DRS werden die anderen Politiker praktisch nie mit ernsthaft «bösen» Fragen konfrontiert und niemand stört sich daran. Bei Blocher-TV schreien aber alle auf. Dieses wirre Medienverständnis einzelner Exponenten und die unterschiedlichen Massstäbe, die



da angewendet werden, beunruhigen mich sehr, denn sie sind nicht gut für die Demokratie. Wir müssen lernen mit der neuen Freiheit, die Internet heisst, umzugehen. Sehen Sie, das ist ja das Schöne: Wem Blocher-TV nicht passt, der kann ja auf einen anderen Sender wechseln. Wer es aber sehen möchte, der hat die Möglichkeit, sich neben den Mainstream-Medien, die alle das Gleiche schreiben, noch die Meinung des Direktbetroffenen einzuholen. Danach kann jeder selber entscheiden, was Sache ist. Wieso sollte man da dagegen sein?

Wie empfanden Sie als Medienprofi den Wahlkampf der SVP im

Vergleich zu den Wahlkämpfen der anderen Parteien?

Aus rein marketingtechnischer Sicht ist die SVP-Kampagne unschlagbar: Dahinter steckt eine klare Strategie. Die Kampagne hat eine klare Message, ist bildlich und sprachlich einfach umgesetzt und holt die Leute auf der emotionalen Schiene ab. Und sie polarisiert. Dies wiederum führt dazu, dass die Kampagne nicht nur im klassischen Werbeteil, sondern auch auf den redaktionellen Seiten der Medien behandelt wird – bzw. behandelt werden muss. Man kann mit dem Inhalt der Kampagne einverstanden sein oder nicht – eines lässt sich nicht abstreiten: Jeder kennt die

Giuseppe Scaglione ist Gründer und Inhaber der Music First Network AG, welche die sprachnationalen Kabel-Radiosender «Radio 105» und «Radio Monte Carlo Swiss» sowie die Internet-Spartenradios «105dope», «105classics», «105hitradio» und «105rock» betreibt. Seit 28. September 2007 betreibt die Music First Network zudem einen Fernsehsender, der via Internet verbreitet wird: 105TV – das erste komplett interaktive Musikfernsehen der Schweiz.

Wahlbotschaft der SVP. Dies ist bei den anderen Parteien oft nicht der Fall.

Das vollständige Interview über die Medienlandschaft der Schweiz mit Internetradio-Pionier Giuseppe Scaglione finden Sie in der November-Ausgabe von «SVP-Klartext».



Cornelia Schaub
Geschäftsführerin SVP
Kanton SG
Zürich ZH

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie für einen schlanken Staat mit eigenverantwortlichen Bürgern, weniger Steuern, weniger Abgaben und Bürokratie sowie für eine gesunde Finanzierung unserer Sozialwerke und mehr Sicherheit kämpft.»



Nadja Pieren
Betriebsleiterin
private
Kindertagesstätte
Burgdorf BE

«Ich wähle am 21. Oktober die SVP, weil sie mit ihrem Parteiprogramm meine Interessen vertritt und ich überzeugt bin, dass sich die gewählten SVP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier als Einzige wirklich für unsere Schweiz und unsere Werte einsetzen.»

Die seriöse Geldanlage für den Kleinanleger!

Kapitalanlage Ferien auf der Fiescheralp

Hotel Alpenblick Fieschertal

Aletsch
Friedl Walder-Schweizer

Bergfreund
Apparthaus Restaurant-Shop

Privatfinanzierung mit 10 Jahre Erfahrung!

Ihre Geldanlage
Fr. 10'000.-
Fr. 20'000.-
Fr. 30'000.-
usw. ...

Umbauprojekt

Die Sicherheit Pfandbrief

6 % ZINS

3% Barzins + 3% in Gutscheinen
für Rest. **Bergfreund** + Hotel **Alpenblick**

Informationen: Holzer Fabian, Hotel Alpenblick, 3984 Fieschertal
alpenblick@rhone.ch Tel. 0041(0)279701660 Fax. 0041(0)279701665

SVP-HIT GUTSCHEIN für SVP-Spezialpreis

FR. 50.-
pro Person/Nacht

Egal wieviel Nächte!

- Übernachtung im Doppelzimmer
- Frühstücksbuffet
- Benützung von Hallenbad, Sauna, Aromadampfbad und Tiefgarage

Wir sehen eine Region aufblühen.

Obwohl Graubünden eine der schönsten Regionen der Schweiz ist, kehren immer mehr junge Rätoromanen ihrer Heimat den Rücken. Sie sehen wenig Perspektiven für ihre Zukunft. Microsoft engagiert sich in Zusammenarbeit mit der lokalen Verwaltung und der Wirtschaft, den romanischsprachigen Gebieten neue Impulse zu geben. Mit einer Version von Microsoft Office auf Rumantsch bekräftigt Microsoft ihr Engagement. Wir glauben an das Potenzial von Graubünden und engagieren uns für die kulturelle Vielfalt der Schweiz.

www.microsoft.ch/potential

SERT, BINGA DIN/Scud

© 2007 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten. Microsoft und «Your Potential. Our Passion.» sind eingetragene Marken oder Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.

Your potential. Our passion.™

Microsoft